

Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen

Abgeordnetenbestechung wird neu geregelt

Der Rechtsausschuss des Bundestages hat in dieser Woche den Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Neuregelung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung beschlossen. Hierzu erklärt meine Kollegin und rechtspolitische Sprecherin unserer Fraktion Elisabeth Winkelmeier-Becker:

„Mit der Neuregelung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass Deutschland demnächst die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren kann. Nach langen Diskussionen wird nun eine ausgewogene Regelung beschlossen, die sowohl der Korruptionsbekämpfung, aber auch der Freiheit des Mandats Rechnung trägt.

Abgeordnete werden gerade dafür gewählt, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Das darf nicht zum Risiko für die Mandatsträger werden. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion war uns wichtig, dass das vom Grundgesetz geschützte freie Abgeordnetenmandat, aber auch die Tätigkeit zehntausender ehrenamtlich tätiger Mitglieder in Kommunalvertretungen durch die Neuregelung nicht beeinträchtigt werden. Dabei galt es zu bedenken, dass ein Ermittlungsverfahren für jeden Bürger eine Belastung ist. Für einen Politiker ist es jedoch häufig gleichbedeutend mit dem Ende seiner Laufbahn.

Wir haben diesem Spannungsfeld in verschiedener Hinsicht Rechnung getragen: Ein Mandatsträger ist nur dann strafbar, wenn er sein Mandat käuflich macht, indem er sich bei seiner parlamentarischen Tätigkeit den Aufträgen oder Weisungen eines Vorteilsgebers unterwirft. Es wird zudem klargestellt, dass ein Verhalten nicht strafbar ist, wenn es im Einklang mit den für die Rechtsstellung des Mandatsträgers maßgeblichen Vorschriften steht. Damit haben es die Parlamente und die anderen Vertretungen selbst in der Hand festzulegen, welche Verhaltensweisen erlaubt und welche verboten sein sollen. Sie können damit selbst Rechtssicherheit für die Mandatsträger schaffen. Dadurch, dass das Gesetz erst am 1. September 2014 in Kraft treten wird, bleibt in den nächsten Monaten noch Zeit, solche Regelungen auf den verschiedenen Ebenen zu schaffen oder anzupassen. So wird auch der Bundestag prüfen, ob die hier geltenden Verhaltensregeln klarer und praxisnäher gefasst werden können.“



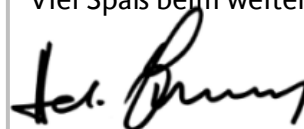
Sehr geehrte
Damen und
Herren,
liebe Freunde!

Die Große Koalition ist in einer schwierigen Lage durch das Verhalten der SPD in Folge der Geschehnisse rund um den seinerzeitigen SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy. Es ist außerordentlich bitter, dass das Verhalten der SPD zum Rücktritt unseres Bundesministers Dr. Hans-Peter Friedrich geführt hat. Wir danken Hans-Peter Friedrich für seine Arbeit als Bundesminister, die er an verantwortlicher Stelle für Deutschland und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes geleistet hat.

Die SPD hat nicht nur Vertraulichkeit gebrochen, sondern sich auch in einer Reihe von nicht akzeptablen Widersprüchen verstrickt. Diese müssen jetzt alle aufgeklärt werden. Die SPD ist am Zug. Als Rechtsstaatspartei werden wir alles daran setzen, dass bei der Klärung der offenen Fragen keine Zweifel bleiben. Es liegt nun tatsächlich an der SPD, angeschlagenes Vertrauen wieder herzustellen.

Trotz der Belastung in der Großen Koalition muss gerade die Union zeigen, dass sie um die Verantwortung für unser Land weiß. Wir haben große Herausforderungen in Europa und bei der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wir müssen alles daran setzen, dass die gute wirtschaftliche Lage unseres Landes und die damit verbundene gute Situation auf dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Nur so werden wir unser Ziel erreichen, dass es den Menschen in vier Jahren besser geht.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr
Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen

Tourismuswirtschaft in Deutschland boomt

Die Tourismuswirtschaft ist in Deutschland ein ökonomisches Schwergewicht und ein Jobmotor. 2,9 Millionen Erwerbstätige sind direkt im Tourismus beschäftigt. Die Branche erzeugt eine Bruttowertschöpfung von nahezu 100 Mrd. Euro und damit 4,4 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft. Die Konsumausgaben der Touristen in Deutschland belaufen sich auf fast 280 Mrd. Euro. Das sind beeindruckende Eckdaten einer Branche, deren Wirtschaftskraft lange Zeit unterschätzt wurde. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung betont, dass Deutschland bei den Wachstumszahlen europaweit an der Spitze liegt. Daran hat auch die Tourismuswirtschaft einen nicht unerheblichen Anteil.

Indes hat das Statistische Bundesamt Zahlen veröffentlicht, wonach der Deutschlandtourismus im letzten Jahr neue Rekordwerte erreicht hat. 410,8 Millionen Übernachtungen von in- und ausländischen Gästen in deutschen Beherbergungsbetrieben im Jahr 2013 sind bis dato unerreicht. Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1 %. Während die Zahl von Übernachtungen inländischer Gäste nahezu konstant bei 339,2 Millionen lag, stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland um 4 % auf 71,6 Millionen.



Umso mehr freut es mich, dass auch unsere Region dank der strategischen Lage im Herzen Europas und ihrer malerischen Landschaft von diesem Tourismusboom profitiert. Hierfür werde ich mich auch weiter – vor Ort und in Berlin – stark machen.

Bewährtes Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige beibehalten

Immer mehr Länder-Finanzminister schließen sich öffentlich der Position von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble an, das Rechtsinstrument der strafbefreienden Selbstanzeige für Steuerhinterzieher unter verschärften Bedingungen beizubehalten. Es scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass die Abschaffung dieses Instruments weder zu mehr Steuergerechtigkeit noch zu volleren Kassen führen würde. In Kürze werden die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu diesem Thema vorliegen.

Parlamentskollegen schenken mir erneut das Vertrauen

In der zurückliegenden Woche bin ich erneut in die fraktionsübergreifende Kommission des Ältestenrats für die Rechtstellung der Abgeordneten gewählt worden. Die Kommission ist eine Unterkommission des Ältestenrates des Bundestages und beschäftigt sich mit der Rechtstellung der Abgeordneten, berät über Änderungen des Abgeordnetengesetzes und regelt Härtefälle bei der Anwendung dieses Gesetzes.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 4 04/14
21. Februar 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011
Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail:
helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail:
helmut.brandt@wk.bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de